

Kommt es in Kürze zum Bruch der Großen Koalition mit unabsehbaren Folgen für Deutschland und Europa?

Wenn es der SPD, wie in einer vom Generalsekretär per E-Mail an Parteimitglieder verschickten Stellungnahme vom 15.06.2018 betont wird, darum geht, mit den europäischen Partnern, vor allem mit denjenigen - dies sei hinzugefügt -, die den bislang geltenden deutschen Positionen zur Migrationspolitik nahestehen, verstärkt zusammenzuarbeiten, sich demzufolge in allen relevanten Fragen insbesondere zur Flüchtlingspolitik abzustimmen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, dann sollte die SPD-Führung ihre bis dato geübte, auf den derzeit virulenten Streitfall zwischen CDU und CSU bezogene Zurückhaltung aufgeben und die im Koalitionsvertrag zur Einwanderung und Flüchtlingspolitik getroffenen ebenso umfangreichen wie klaren, zudem europäisch orientierten Abmachungen in Form überschaubarer, einprägsamer Thesen coram publico in entsprechenden Verlautbarungen noch einmal herausstellen und den Menschen in Erinnerung rufen. Angesichts der gegenwärtigen unverschämten, geradezu unglaublichen Provokationen seitens der CSU hat die Kanzlerin es verdient, auch vom Koalitionspartner die notwendige Unterstützung zu bekommen, nicht zuletzt im Hinblick auf den weiteren Bestand der derzeitigen Koalitionsregierung. Es geht hier mit Bezug auf die Asylpolitik um politische und juristische Fragen, darüber hinaus um den Kodex von Werten, die das Zusammenleben von Individuen und Gruppen unterschiedlicher Herkunft, diverser kultureller Ausrichtung und Orientierung gestalten und insgesamt für die Gewährleistung von Friedfertigkeit zwischen den Menschen in die Pflicht zu nehmen sind, um es ein wenig zugespitzt auszudrücken. Gerade die auf jene Ereignisse von 2015 bezogenen, von der Kanzlerin stets wiederholten Bekundungen der Rechtfertigung damaligen politischen Handelns unter dem Aspekt diesbezüglicher Erfordernisse angesichts einer humanitären Notsituation, die einer Katastrophe nahekam, überhaupt die regierungsamtlichen Verlautbarungen einer humanitären Verantwortung seitens staatstragender Politik liefern deutliche Hinweise auf moralische Gesichtspunkte, die zusammengefasst hier im vorliegenden Fall der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015 zu Recht - dies sei mit Nachdruck betont - geradezu im Sinne eines **kategorischen Imperativs** Leitlinie und Maßstab politischen und damit auch menschlichen Handelns abgaben. Die SPD sollte in der Frage der politischen Entscheidungen, was die durch den damaligen sogenannten Flüchtlingsstrom verursachten Herausforderungen sowie die zwischen CSU und CDU derzeit ausgebrochene Kontroverse anbelangt, die von der Kanzlerin vertretene durchaus europafreundliche sowie dem humanitären Aspekt in der Regel Vorrang einräumende Positionierung – bei allem, was vielleicht sonst auch kritisch zu beurteilen wäre - unterstützen und dies auch verstärkt öffentlich für jedermann vernehmbar zum Ausdruck bringen. Die Partei der „Bündnisgrünen“ - vielleicht ein späterer Koalitionspartner für SPD und CDU ohne CSU - ist mit der ihrerseits als Reaktion auf jenen Konflikt zwischen CSU und CDU bereits zügig erfolgten Stellungnahme im Hinblick auf ihren eigenen geistig - politischen Standort gerade auch unter ethischem Akzent sprachlich-inhaltlich durchaus deutlich geworden, ihre Repräsentanten sind beherzter aufgetreten als die Sozialdemokraten. Die SPD hat hier, was eine durchaus wünschenswerte unmissverständliche Positionierung in öffentlichkeitsrelevanter Hinsicht anbelangt, offensichtlich Nachholbedarf, dessen Kompensation Genüge zu tun sie sich unverzüglich angelegen sein lassen sollte.

Michael Pleister

Norderstedt, d. 15.06.2018